

STIFTUNG
BUNDESPRÄSIDENT-
THEODOR-HEUSS-
HAUS

Anselm Doering-Manteuffel

Die Entmündigung des Staates
und die Krise der Demokratie

Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart

Zur Publikation

Der Autor definiert die Funktionsbedingungen einer repräsentativen Demokratie und legt diese dann insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland auf den Prüfstand. Medialisierung, technische Revolutionen und ökonomische Liberalisierung gefährden demnach zunehmend die Grundbedingungen für eine funktionierende nationale Demokratie; noch sei aber kein gangbarer Weg zu parlamentarischer Kontrolle internationaler Gremien gefunden worden. Doering-Manteuffel konstatiert einen freiwilligen Verzicht gewählter Repräsentanten auf Verantwortung, die statt dessen lieber ökonomischen Agenturen oder dem Bundesverfassungsgericht überlassen werde, und warnt insbesondere vor der Eigendynamik der Wirtschaft. In einer Demokratie müsse Verantwortung und Entscheidungskompetenz dagegen unbedingt bei einer gewählten und damit legitim abgesicherten Regierung liegen.

Der Autor

Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel, geboren 1949, ist seit 1991 Direktor des Seminars für Zeitgeschichte an der Universität Tübingen. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, der Geschichte des deutsch-amerikanischen Kulturtransfers, der Geschichte des internationalen Staatensystems im 19. und 20. Jahrhunderts sowie in der Entwicklung der westeuropäischen Industriegesellschaften im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts.

Neuere Veröffentlichungen (Auswahl): *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert* (1999); *Ordnung durch Terror, Gewaltexzess und Vernichtung im nationalsozialistischen und stalinistischen Imperium* (mit Jörg Baberowski, 2006); *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte* (mit Lutz Raphael, 2010).

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus dankt Herrn Armin Knauer für die finanzielle Unterstützung dieser Publikation.

Die Entmündigung des Staates und die Krise der Demokratie

Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart

Hin und wieder gab es in der Geschichte der alten Bundesrepublik große, bisweilen mehrtägige Debatten des Deutschen Bundestags, die von der Öffentlichkeit aufmerksam wahrgenommen wurden, ja sogar gebanntes Interesse auf sich zogen. In der kollektiven Erinnerung ist jene Debatte besonders stark verhaftet geblieben, die im April 1972 geführt wurde. Es ging um den Antrag der CDU/CSU-Fraktion und des Fraktionschefs Rainer Barzel, gegen die Regierung Brandt/Scheel das konstruktive Misstrauensvotum anzustreben. Im Verlauf der Debatte sprachen die Redner der sozialliberalen Koalition – aufwühlend und emotional insbesondere der damalige Außenminister Walter Scheel – in der Annahme, dass ihre Regierung an diesem Tag abgewählt werden würde. Sie zogen Bilanz über drei Jahre Ost- und Deutschlandpolitik, die schon damals als Beginn einer neuen Epoche wahrgenommen wurde. Barzel verlor das Misstrauensvotum. In der vorgezogenen Bundestagswahl vom November 1972 erhielt die SPD-FDP-Koalition unter Brandt und Scheel eine so stabile Mehrheit, dass die CDU/CSU erkennen musste, auf lange Zeit von der Regierung ausgeschlossen zu sein.

Die Debatte vom 27. April 1972 wurde im Fernsehen übertragen und zog als öffentliches Ereignis fast so viel Aufmerksamkeit auf sich wie die Spiele der Fußballnationalmannschaft im gleichen Jahr. Bei der Europameisterschaft 1972 zeigte das Team um Franz Beckenbauer und Günter Netzer dieselbe Aufbruchstimmung, die auch in der westdeutschen Politik und Öffentlichkeit vorherrschte. Es ist sicherlich leicht, dieses politische Ereignis als Einzelfall einzustufen, denn damals ging es um die nationale Frage, um Deutschlands Ort in der Staatenwelt nach dem Beginn der Entspannungspolitik, um das Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR. Es ging mithin um das Kernproblem der Nachkriegszeit, dass die Deutschen ihre Verantwortung für die Hitlerzeit und den Zweiten Weltkrieg unmissverständlich anerkannten.

Auch wenn die öffentliche Bedeutung der Debatte über das Misstrauensvotum vielleicht ein Einzelfall gewesen ist, lag deren Gewicht nicht zuletzt darin, dass sich dieses nationalpolitische Ereignis vor aller Augen abspielte und überall dort, wo es einen Fernseher gab, auch mit vollzogen werden konnte. Ein erregendes politisches Thema, das die Öffentlichkeit in seinen Bann zog;

eine parlamentarische Debattenkultur, die sehr stark von der rhetorischen Emphase einzelner Minister und Parlamentarier beherrscht wurde, und ein verbreitetes Bewusstsein in der Bevölkerung, dass „Demokratie“ eine Sache aller Bürger ist und nicht nur diejenige einiger Abgeordneter: Dies alles machte diese einzelne Bundestagsdebatte zu einem Höhepunkt und Merkmalsdatum in der Demokratiegeschichte der Bundesrepublik Deutschland.¹

Heute würde sich so etwas ganz anders abspielen. Die Protagonisten wären zwar die gleichen – Minister und Parlamentarier. Das Thema könnte von vergleichbarer Brisanz sein – etwa eine Debatte über den Verbleib Deutschlands in der Eurozone. Auch das Forum wäre dasselbe – der Plenarsaal des Bundestags. Aber die öffentliche Wahrnehmung dürfte sich nicht um das Medium Fernsehen herum gruppieren, sondern in pluralisierter Form von jedem interessierten Einzelnen digital übers Netz abgerufen werden. Und daneben würden Wahl- und Meinungsforscher vielleicht über die Frage diskutieren, wie wenige Prozent der Bevölkerung überhaupt eine solch politisch entscheidende Debatte live verfolgten und warum ihre Zahl nicht größer sei. Sie würden darüber spekulieren, ob es denn in der Öffentlichkeit kein allgemeines Interesse gebe für die wichtigen politischen Entscheidungen der Volksvertretung und der von ihr gewählten Regierung?²

Es wäre ganz falsch, wollte man angesichts einer solchen Beobachtung der Meinungsforscher von Demokratieverdrossenheit sprechen und die Verantwortung dafür einfach den Parlamentariern oder ganz allgemein „der Politik“ zuschieben oder über die Politikferne der gegenwärtigen Gesellschaft klagen. Vielmehr beobachten wir hier die Auswirkungen verschiedener Wandlungsprozesse, die vor etwa dreißig Jahren einsetzten. Wandlungsprozesse, die im Anfang gar keine Berührung untereinander aufwiesen, sich aber im Lauf der Zeit so intensiv miteinander verwoben haben, dass heute die verschiedenen Bedingungen für die „Krise der Demokratie“, von der wir gegenwärtig sprechen, gar nicht mehr genau zu erkennen sind.

I.

Ich möchte so beginnen, dass ich mit ein paar Stichworten zunächst beschreibe, was unter repräsentativer „Demokratie“ zu verstehen ist, was diese Demokratie möglich macht und welcher Voraussetzungen sie bedarf.

- Demokratie ist, erstens, an die Freiheit jedes einzelnen gebunden – an politische Freiheit, staatsbürgerliche Freiheit, wirtschaftliche Freiheit.

Demokratie und Marktwirtschaft stehen in einem engen, aber schwierigen Bezug zueinander.

- Demokratie ist, zweitens, an den funktionierenden Rechtsstaat gebunden. Sie impliziert die Gleichheit aller Staatsbürger und bindet dies an das allgemeine gleiche Wahlrecht. Streitigkeiten über das Wahlrecht sind immer Rechtsfragen und betreffen das Verfassungsgericht, wie es zuletzt die Auseinandersetzungen über die Überhangmandate gezeigt haben.
- Demokratie setzt, drittens, die Existenz politischer Parteien voraus, deren Kandidaten in regelmäßigen Abständen zur Wahl stehen und, sofern sie gewählt worden sind, dann ihren Wahlkreis und ihre Wählerschaft repräsentieren. Deshalb sprechen wir von „repräsentativer Demokratie“ und verbinden damit die im Grundgesetz verankerte Auffassung, dass in der repräsentativen Demokratie ein Volksbegehren oder Volksabstimmungen nicht erforderlich sind, ja systemwidrig seien.
- Demokratie setzt, viertens, den Bestand einer Regierung voraus, die von der oder den in der Wahl siegreichen Partei(en) gebildet wird und an deren Vertrauen gebunden ist. Die Regierung ist dem Parlament verantwortlich. Wenn sie im Parlament nicht über die erforderliche Mehrheit verfügt, hat sie das Vertrauen verloren und sich der Misstrauensabstimmung zu stellen. Eine Regierung ohne Rückhalt im Parlament muss zurücktreten. Demokratie bedarf – ich sagte es bereits – der Rechtsstaatlichkeit. Eine parlamentarisch-demokratische Ordnung braucht einen verbindlichen Rechtsrahmen, innerhalb dessen die politischen Spielregeln und Spielräume normativ definiert sind und immer aufs neue nachjustiert werden müssen. Die Tatsache, dass seit etwa einem Jahrzehnt in zuvor ungekannter Häufigkeit das Bundesverfassungsgericht über politische Richtungsentscheidungen zu urteilen hat, die eigentlich im Meinungsbildungsprozess zwischen Regierung und Parlament geklärt werden müssen, deutet darauf hin, dass sich in unserer gegenwärtigen Demokratie die Gewichte verschoben haben.³
- Schließlich ist Demokratie, fünftens, an funktionierende Staatlichkeit gebunden. Die demokratischen Ordnungen in der Geschichte der Moderne waren und sind mit unterschiedlichen Typen des *Nationalstaats* verknüpft, zum einen in der Form des Bundesstaats mit starken Einzelstaaten wie in den USA oder mit der schwierigen Balance zwischen Gesamtstaat und Ländern wie im Fall der Bundesrepublik Deutschland. Zum anderen gibt es das politische System gesamtstaatlicher Repräsentation wie in Frankreich

oder – seit geraumer Zeit innenpolitisch umstritten – in Großbritannien. Entscheidend bleibt die direkte Verzahnung zwischen dem Staat und der parlamentarischen Demokratie.

Deshalb ist die Demokratie im multistaatlichen Kontext nicht wirklich funktionsfähig und es mangelt ihr folglich an öffentlicher Legitimation dort, wo Staatlichkeit, parlamentarische Repräsentation und die demokratisch kontrollierte Verantwortung der Regierung nicht als ein fester Ordnungszusammenhang vorhanden sind. Das gilt für Europa nicht erst heute, sondern schon seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957. Für die europäischen Regierungen in der EU ist es daher eine herausfordernde Aufgabe der Gegenwart, einen Weg zu finden, parlamentarische Repräsentation und politische Verantwortung in einer europäischen Zentralregierung zu bündeln. Ob so etwas gelingen könnte, ist völlig offen. Die Voraussetzung dafür wäre, dass die europäischen Länder und Völker auch unter einer demokratisch gewählten Zentralregierung in Brüssel mit einem einzigen, „europäischen“ Regierungschef ihre nationale kulturelle Identität bewahren könnten. Der Versuch in diese Richtung ist nur ein einziges Mal gemacht worden – 1950 bis 1954 – und gescheitert.⁴ Die Europäische Gemeinschaft und die heutige EU gelten daher manchem Beobachter als undemokratisch entstandenes – und überhaupt: als ein undemokratisches – Gebilde, und daran ist durchaus etwas Wahres.⁵

II.

Fragen wir allerdings nach den Ursachen der gegenwärtigen Verunsicherung, dann gilt es, über Europa hinaus zu denken, denn die aktuelle „Krise der Demokratie“ ist kein EU-europäisches Problem, sondern eines nahezu aller demokratischen Länder der Welt. Der uns vertraute Typus der parlamentarischen Demokratie im verbindlichen Rahmen des nationalen Rechtsstaats ist im Verlauf der drei letzten Jahrzehnte einem erheblichen Wandel ausgesetzt gewesen und die Veränderungsdynamik hält noch an. Verschiedene Entwicklungen kamen zusammen und verschmolzen mit der Zeit zu einem einzigen Großtrend, der ungefähr seit dem Jahr 2000 das Geschehen dominiert.

Am Anfang stand die Medialisierung. Radio und Fernsehen wurden nach 1980 aus ihrer öffentlich-rechtlichen Bindung gelöst und privaten Anbietern geöffnet. Diese müssen Geld verdienen und tun es durch Werbung. Damit die Werbung unter die Leute kommt, dürfen die Programme nicht schwergängig,

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, eine parteiunabhängige Stiftung des öffentlichen Rechts, betreibt zeitgeschichtliche Forschung und politische Bildung. Im Mittelpunkt stehen dabei Leben und Werk des ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss (1884–1963). Heuss engagierte sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts aktiv im politischen und kulturellen Leben – als liberaler Politiker und Parlamentarier, als Journalist und Historiker, als Redner und Zeichner. In einem Jahrhundert, das geprägt wurde von zwei Weltkriegen, von autoritären und totalitären Regimes und der Konfrontation der Ideologien, steht Heuss für eine rechtsstaatliche und demokratische Tradition in Deutschland. Als erstes Staatsoberhaupt nach der nationalsozialistischen Diktatur fiel Heuss daher die schwierige Aufgabe zu, das demokratische Deutschland nach innen und außen zu festigen und glaubwürdig zu repräsentieren.

An diesen vielfältigen Lebensbezügen von Theodor Heuss orientiert sich die wissenschaftliche und pädagogische Arbeit der Stiftung: das Theodor-Heuss-Kolloquium zu Themen der Zeitgeschichte, Seminare zur politischen Bildung und die politisch-kulturellen Veranstaltungen. In den Stiftungsräumen stehen der interessierten Öffentlichkeit der umfangreiche Nachlass von Theodor Heuss und eine Bibliothek zur Verfügung, die sowohl Heuss' vollständiges publizistisches Oeuvre als auch Literatur zur deutschen und europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts umfasst. Der Nachlass bildet die Grundlage für die „Stuttgarter Ausgabe“ der Reden, Schriften und Briefe des ersten Bundespräsidenten. Ein wichtiges Forum zur Auseinandersetzung mit Theodor Heuss bietet vor allem das Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart, das Bundespräsident Johannes Rau im Frühjahr 2002 eröffnet hat. In Heuss' letztem Domizil erwarten den Besucher drei authentisch rekonstruierte Wohnräume und eine ständige Ausstellung, die anhand von rund 700 Exponaten über Leben und Werk des ersten Bundespräsidenten im historischen Kontext informiert.

Weitere Informationen erhalten Sie unter: www.stiftung-heuss-haus.de

Neuerscheinung
in der Wissenschaftlichen Reihe

**WERNER PLUMPE / JOACHIM SCHOLTYSECK (HG.),
FLORIAN BURKHARDT (REDAKT.)**

**Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft.
Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus
Wissenschaftliche Reihe, Band 11
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2012, EUR 29,-**

Der Staat setzt Rahmenbedingungen für die Wirtschaft – der Staat reagiert auf ökonomische Entwicklungen – die Wirtschaft richtet sich nach den gegebenen Umständen – die Wirtschaft geht eigene, neue Wege. Dieses eigentümliche Spannungsfeld von Wirtschaftsordnung, Wirtschaftspolitik und ökonomischer Entwicklung beleuchten Wirtschaftshistoriker aus wechselnder Perspektive: Wodurch kam es zum Aufstieg des Kathedersozialismus? Der Nationalsozialismus – ein indirekter Sozialismus? War die Soziale Marktwirtschaft eine Innovation? Prägte der Keynesianismus die Bundesrepublik? Verstand sich die DDR vor allem als Vergleichswirtschaft zur BRD? Prägte der Neoliberalismus wirklich das Westdeutschland der 1980er Jahre? Hat die Deutsche Einheit die Soziale Marktwirtschaft verändert? Schließlich allgemein: Was kann der Staat und was darf die Wirtschaft?

Im Fokus steht die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands seit dem späten 19. Jahrhundert mit ihren Brüchen, Krisen und Boomphasen. Das Buch leistet damit auch einen Beitrag zu aktuellen Problemdiagnosen. Denn erneut stehen Fragen der politischen Gestaltung der Wirtschaft, der Regulierung ihrer Entwicklung und ihrer Handlungsspielräume im Zentrum des wissenschaftlichen und des politischen Streits.

Bisher in der Wissenschaftlichen Reihe erschienene Publikationen

- 1 THOMAS HERTFELDER / JÜRGEN C. HESS (Hg.)
Streiten um das Staatsfragment: Theodor Heuss und Thomas Dehler
berichten von der Entstehung des Grundgesetzes
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 1
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1999
- 2 EBERHARD JÄCKEL / HORST MÖLLER / HERMANN RUDOLPH (Hg.)
Von Heuss bis Herzog: Die Bundespräsidenten im politischen System
der Bundesrepublik
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 2
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1999
- 3 GANGOLF HÜBINGER / THOMAS HERTFELDER (Hg.)
Kritik und Mandat. Intellektuelle in der Deutschen Politik
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 3
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2000
- 4 ULRICH BAUMGÄRTNER
Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem
Nationalsozialismus
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 4
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2001
- 5 ERNST WOLFGANG BECKER / THOMAS RÖSSLEIN (Hg.)
Politischer Irrtum im Zeugenstand. Die Protokolle des Untersuchungsausschusses
des württemberg-badischen Landtags aus dem Jahre 1947 zur Zustimmung zum
„Ermächtigungsgesetz“ vom 23. März 1933
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 5
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2003
- 6 HANS VORLÄNDER (Hg.)
Zur Ästhetik der Demokratie. Formen der politischen Selbstdarstellung
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 6
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2003
- 7 WOLFGANG HARDTWIG / ERHARD SCHÜTZ (Hg.)
Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland
im 20. Jahrhundert
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 7
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2005

- 8 FRIEDER GÜNTHER
Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik durch den ersten Bundespräsidenten
Stiftung Bundespräsident Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 8
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2006
- 9 ANDREAS WIRSCHING / JÜRGEN EDER (Hg.)
Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik.
Politik, Literatur, Wissenschaft
Stiftung Bundespräsident Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 9
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2008
- 10 ANGELIKA SCHASER / STEFANIE SCHÜLER-SPRINGORUM (Hg.)
Liberalismus und Emanzipation.
In- und Exklusionsprozesse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 10
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2010
- 11 WERNER PLUMPE / JOACHIM SCHOLTYSECK (Hg.), FLORIAN BIRUKHARDT (Redakt.)
Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft.
Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 11
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2012

**Neuerscheinung
in der Edition „Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe“**

**Theodor Heuss: Der Bundespräsident
Briefe 1949–1954**

**Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker,
Martin Vogt und Wolfram Werner**

Berlin/New York: De Gruyter 2012, EUR 39,95

Mit seiner Wahl zum Bundespräsidenten am 12. September 1949 trat Theodor Heuss als erstes deutsches Staatsoberhaupt nach der nationalsozialistischen Katastrophe ein schwieriges Erbe an. Seine zentrale Aufgabe sah er darin, das Bewusstsein der Bürger für ihre demokratischen Rechte und Pflichten zu schärfen und sie zu einer positiven Haltung gegenüber der Bundesrepublik zu bewegen. Dank seiner zivilen, zugleich volkstümlichen und streitbaren Amtsführung, seiner Formulierungsgabe und seiner umfassenden Bildung integrierte er die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in die junge, noch fragile Demokratie. Er bot einer verunsicherten Gesellschaft Orientierung und trug zur „Entkrampfung“ bei. Alles andere als unpolitisch, verschaffte er sich eine moralische Autorität, die Maßstäbe setzte für seine Amtsnachfolger.

In den 245 ausgewählten Schreiben von Theodor Heuss spiegeln sich eine abwechslungsreiche Biographie und die spannungsreichen Zeitläufe der Nachkriegszeit zwischen seiner Amtseinführung 1949 und Wiederwahl 1954. Sie sind das Zeugnis eines virtuosen Briefschreibers, der mit zahlreichen Zeitgenossen korrespondierte: mit Politikern, Publizisten, Schriftstellern, Künstlern, Wissenschaftlern, Freunden und Familienangehörigen.

Edition „Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe“

Unter dem Titel „Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe“ gibt die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus eine Edition der Briefe, Schriften, Reden und Gespräche von Theodor Heuss heraus.

Aus der Reihe der Briefe sind bisher folgende Bände erschienen:

THEODOR HEUSS: Aufbruch im Kaiserreich
Briefe 1892–1917
Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther
München: K. G. Saur 2009

THEODOR HEUSS: Bürger der Weimarer Republik
Briefe 1918–1933
Herausgegeben und bearbeitet von Michael Dormmann
München: K. G. Saur 2008

THEODOR HEUSS: In der Defensive
Briefe 1933–1945
Herausgegeben und bearbeitet von Elke Seefried
München: K. G. Saur 2009

THEODOR HEUSS: Erzieher zur Demokratie
Briefe 1945–1949
Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker
München: K. G. Saur 2007

THEODOR HEUSS: Hochverehrter Herr Bundespräsident!
Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949–1959
Herausgegeben und bearbeitet von Wolfram Werner
Berlin/New York: De Gruyter 2010

THEODOR HEUSS: Der Bundespräsident
Briefe 1949–1954
Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt und Wolfram Werner
Berlin/New York: De Gruyter 2012

Bisher in der Kleinen Reihe erschienene Publikationen

- 1 TIMOTHY GARTON ASH
Wohin treibt die europäische Geschichte?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1997
Stuttgart 1998
- 2 THOMAS HERTFELDER
Machen Männer noch Geschichte?
Das Stuttgarter Theodor-Heuss-Haus im Kontext
der deutschen Gedenkstättenlandschaft
Stuttgart 1998
- 3 RICHARD VON WEIZSÄCKER
Das parlamentarische System auf dem Prüfstand
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1998
Stuttgart 1999
- 4 Parlamentarische Poesie
Theodor Heuss: Das ABC des Parlamentarischen Rates
Carlo Schmid: Parlamentarische Elegie im Januar
Stuttgart 1999
- 5 JOACHIM SCHOLTYSECK
Robert Bosch und der 20. Juli 1944
Stuttgart 1999
- 6 HERMANN RUDOLPH
„Ein neues Stück deutscher Geschichte“
Theodor Heuss und die politische Kultur der Bundesrepublik
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1999
Stuttgart 2000
- 7 ULRICH SIEG
Jüdische Intellektuelle und die Krise der bürgerlichen Welt
im Ersten Weltkrieg
Stuttgart 2000

- 8 ERNST WOLFGANG BECKER
Ermächtigung zum politische Irrtum
Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz von 1933 und die
Erinnerungspolitik im ersten württemberg-badischen Untersuchungs-
ausschuß der Nachkriegszeit
Stuttgart 2001
- 9 JUTTA LIMBACH
Vorrang der Verfassung oder Souveränität des Parlaments?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2000
Stuttgart 2001
- 10 HILDEGARD HAMM-BRÜCHER
„Demokratie ist keine Glücksversicherung ...“
Über die Anfänge unserer Demokratie nach 1945 und ihre Perspektiven
für Gegenwart und Zukunft
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2001
Stuttgart 2002
- 11 RICHARD SCHRÖDER
„Deutschlands Geschichte muss uns nicht um den Schlaf bringen.“
Plädoyer für eine demokratische deutsche Erinnerungskultur
Theodor-Heuss-Gedächtnisvorlesung 2002
Stuttgart 2003
- 12 ANDREAS RÖDDER
Wertewandel und Postmoderne
Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965–1990
Stuttgart 2004
- 13 JÜRGEN OSTERHAMMEL
Liberalismus als kulturelle Revolution
Die widersprüchliche Weltwirkung einer europäischen Idee
Theodor-Heuss-Gedächtnisvorlesung 2003
Stuttgart 2004
- 14 FRIEDER GÜNTHER
Misslungene Aussöhnung?
Der Staatsbesuch von Theodor Heuss in Großbritannien im Oktober 1958
Stuttgart 2004

- 15 THOMAS HERTFELDER
In Presidents we trust
Die amerikanischen Präsidenten in der Erinnerungspolitik der USA
Stuttgart 2005
- 16 DIETER LANGEWIESCHE
Liberalismus und Demokratie im Staatsdenken von Theodor Heuss
Stuttgart 2005
- 17 PETER GRAF KIELMANSEGG
Die Instanz des letzten Wortes
Verfassungsgerichtsbarkeit und Gewaltenteilung in der Demokratie
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2004
Stuttgart 2005
- 18 GESINE SCHWAN
Vertrauen und Politik
Politische Theorie im Zeitalter der Globalisierung
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2005
Stuttgart 2006
- 19 RALF DAHRENDORF
Anfechtungen liberaler Demokratien
Festvortrag zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung Bundespräsident-
Theodor-Heuss-Haus
Stuttgart 2007
- 20 ANGELA HERMANN
„In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht.“
Über den Charakter und Erkenntniswert der Goebbels-Tagebücher
Stuttgart 2008
- 21 SALOMON KORN
Was ist deutsch-jüdische „Normalität“?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2007
Stuttgart 2008
- 22 GIOVANNI DI LORENZO
Auch unsere Generation hat Werte. Aber welche?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2008
Stuttgart 2009

- 23 MATTHIAS WEIPERT
„Verantwortung für das Allgemeine“?
Bundespräsident Theodor Heuss und die FDP
Stuttgart 2009
- 24 DIETER GRIMM
Die Würde des Menschen ist unantastbar
Vortrag auf dem Festakt der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus
zum 60jährigen Bestehen des Grundgesetzes am 8. Mai 2009
Stuttgart 2010
- 25 PAUL KIRCHHOF
Der freie oder der gelenkte Bürger
Die Gefährdung der Freiheit durch Geld, Informationspolitik
und durch die Organisationsgewalt des Staats
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2009
Stuttgart 2010
- 26 MICHAEL STOLLEIS
Freiheit und Unfreiheit durch Recht
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2010
Stuttgart 2011
- 27 ROBERT LEICHT
... allein mir fehlt der Glaube
Wie hält es die liberale Gesellschaft mit der Religion?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2011
Stuttgart 2012
- 28 ANSELM DOERING-MANTEUFFEL
Die Entmündigung des Staates und die Krise der Demokratie
Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart.
Stuttgart 2013

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Herausgegeben

von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus,

Im Himmelsberg 16, 70192 Stuttgart

www.stiftung-heuss-haus.de

Redaktion: Dr. Gudrun Kruij

Satz: Dr. Rainer Ostermann

Gestaltung: Arne Holzwarth, Büro für Gestaltung, Stuttgart

Druck und Bindung: logo Print, Riederich

ISBN 978-3-942302-02-9

ISSN 1435-1242

© SBTH, Mai 2013

Die Stiftung wird vom Bund aus dem Haushalt des Staatsministers für Kultur und Medien gefördert.